

Berlin, 19. Mai. Die Petitionscommission verhandelte gestern Abends über die Petition gegen die obligatorische Civilehe. Abg. Standy beantragte die Ueberweisung derselben an den Reichskanzler zur Kenntnissnahme, die Commission beschloß jedoch mit 13 gegen 11 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung. Die Mehrheit bestand aus den Mitgliedern der Reichspartei und den Liberalen.

Konstantinopel, 19. Mai. Midhat Pascha hat sich gestern Abend den türkischen Behörden unter der Bedingung eines gerechten Urtheils gestellt.

Strasburg, 18. Mai. Die „Elsäß-Lothring. Ztg.“ veröffentlicht heute die Namen von 582 Personen, deren Option für gültig erkannt worden ist. — Der Statthalter, General-Feldmarschall v. Manteuffel, hat sich nach Karlsbad zum Kurgebrauch begeben.

Petersburg, 18. Mai. Wie verschiedene Blätter melden, wurde der Bankier Baron Ginzburg vom Großfürsten Wladimir in Lubenz empfangen, wobei der Großfürst äußerte, der Grund der Zudenetz sei nicht die Aufregung gegen die Juden, sondern die Tendenz, überhaupt Unruhen hervorzurufen. — Im Katharinenkanal sind vorgestern unweit der kleineren Brücke zwei unter das Wasser versenkt mit schwarzem Dynamit gefüllte Gummitünnen aufgefunden. Beide Rissen enthielten 126 Pfd. Dynamit. Leitungen waren nicht vorhanden, woraus zu schließen ist, daß der Dynamit als unbrauchbar in das Wasser geworfen worden war. — In Felek (Gouvernement Drel) wurde ein Socialist verhaftet, welcher an dem bekannten Socialistencongreß in Vipez theilgenommen hatte. Derselbe bekleidete einen guten Posten auf der Bahnstation Felek.

Kiew, 18. Mai. Die Unruhen in Smela sind durch die von hier dorthin gesandten Truppen unterdrückt worden. Die Untersuchung ergab, daß die Aufseherungen hauptsächlich durch eingenwanderte Elemente hervorgerufen worden sind. Die einheimische Bevölkerung beteiligte sich an denselben in Folge falscher Vorstellungen seitens übel gefinnter Leute. Es wurden sogar Proclamationen verbreitet, in denen das Volk zur Züdenheke, als etwas der Regierung Genehmen, aufgerufen wurde.

Danzig, 19. Mai.

Der gestrige Schwerinstag brachte im Reichstag eine sehr animirte Verhandlung über die Anträge wegen Abänderung des Genossenschaftsgesetzes, welche Staatssecretär v. Schelling um so mehr als „schätzbares Material“ bezeichnete, als es bekanntlich die Absicht der Reichsregierung ist, eine Sachverständigen-Commission zur Vorbereitung der seit Jahren in Aussicht genommenen Revision zu berufen. Der Abg. Schulze-Delitzsch würde demnach seine Anträge wegen theilweiser Abänderung des Genossenschaftsgesetzes zur Zeit nicht eingebracht haben, wenn er durch den Antrag des Herrn v. Mirbach nicht dazu gezwungen worden wäre. Daß der Kampf zwischen Solibarhaft und Theilhaft nicht mittelst einer vom Zaune gebrochenen Verhandlung zum Austrag gebracht werden kann, schien selbst Herrn v. Mirbach zu fühlen, als er gegen die Unterstellung Einspruch einlegte, als ob es seine Absicht sei, die Genossenschaften auf der Basis der Solibarhaft zu beseitigen. Die Verweisung der Anträge an eine Commission war unter diesen Umständen das sicherste Mittel, die Lösung der Frage der Zukunft vorzubehalten.

Der Antrag Mirbach hatte wohl von vorn-  
herin nicht den Zweck, in dieser Session zu einem  
gesetzgeberischen Act zu führen und dadurch irgend  
einem „bringen des Bedürfnis“ abzuhelpfen, sondern  
er sollte in conservativem Sinne günstig auf die  
bevorstehenden Wahlen einwirken. Die Conservativen  
wollten zeigen, daß sie auch auf diesem Gebiete,  
auf welchem die Liberalen sich so große Verdienste  
erworben haben, in Concurrrenz zu treten geneigt  
seien. Was ihnen auf diesem Felde an praktischer  
Erfahrung abgeht, haben sie durch fleißiges Studium  
der ausländischen Gesetzgebung zu ersetzen gesucht.

Die heutige Erklärung der Offiziosen, daß eine Verwerfung des Staatszuschusses zu den Prämien der Unfallversicherung — welcher Zuschuß des staatsocialistischen Charakters dieser Maßregel wegen sowohl von den Nationalliberalen wie vom Centrum perhorrescirt ist — „eine jede Vereinbarung unmöglich machen würde“, macht es jetzt vollständig sicher, daß der Reichstanzler auf das Geleiz wenigstens für diese Session vollständig Besicht leistet. Es ist schwer glaublich, daß die Reumäßen eine dem Staatszuschuß günstigere Mehrtheil im Reichstage schaffen werden; die Kometenartikel der „Grenzboten“ erpöfien nichts in dieser Beziehung von den in den gebildeten Schichten des Volkes wurzelnden Parteien, sondern sie drohen, daß Fürst Bismarck über die gebildeten Kreise hinausgehen und an die Instincte der Massen appelliren werde.

Der Antrag Varnbüler zum Unter-  
stützungsgesetz hat den guten Erfolg  
gehabt, es aller Welt zu offenbaren, daß die süd-  
deutschen und die norddeutschen Gegner dieses  
Gesetzes, welchen beiden die „Norddeutsche“ in  
mehreren Artikeln zustimmte, ganz entgegengesetzte  
und einander ausschließende Ziele verfolgen. Es  
hat nämlich jetzt im Reichstage Graf Udo Stol-  
berg, unterstützt durch die Hgg. v. Below,  
Freiherr v. Minnigerode, Freiherr v. Mirbach,  
v. Puttkamer (Lübben), v. Puttkamer (Schlame),

Staudy, Freiherr v. Waderbarth folgenden  
Abänderungsantrag zu dem Antrage Barnbüler  
gestellt:

Unter Ablehnung des Antrages Freiherrn v. Barmbüler den Reichstanzler zu ersuchen, im Interesse der Verminberung der Zahl der Landbarnen das Gesetz vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz in dem Sinne einer Revision unterziehen zu wollen, daß

1. der Unterstützungswohnsitz durch einen „einjährigen“ Aufenthalt „nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre“ erworben wird;
2. der Verlust des Unterstützungswohnsitzes eintritt, durch die auf Grund der Nr. 1 erfolgte Erwerbung eines anderen Unterstützungswohnsitzes und wenn eine solche nicht erfolgt ist durch eine „zweijährige“ Abwesenheit „nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre.“

Wie die „Germania“ meldet, hat auch das Centrum die Theilnehmung an dem gestern eröffneten Parteitag der Feschenbach'schen „Socialreformer“ abgelehnt, weil die Fraction das Programm der Vereinigung nicht in allen Punkten acceptiren könne. Die Versammlung hat übrigens ihre Verhandlungen mit einer unter Führung des Dr. Perrot gefassten Resolution im Sinne der Zwangssinnungen welche den Anträgen der Abgg. v. Kleit-Negow und Graf Bismarck in der Innungscommission des Reichstages ziemlich genau entsprechen, würdig eröffnet.

Es fällt auf, daß die Vorlage wegen Abänderung des Zolltarifs (Trauben- und Mehlsölle), welche der Bundesrath schon am letzten Sonnabend beschloffen hat, dem Reichstage noch nicht zugegangen ist.

In Bezug auf den deutsch-österreichischen Handelsvertrag fagen die Offiziosen, daß eine Entscheidung noch nicht getroffen sei. Die Verhandlungen mit der Schweiz befänden sich zwar bis jezt in einem ähnlichen Stadium, jedoch siehe das Zustankommen eines Handelsvertrages mit der Schweiz außer Zweifel. Damit wird von den Offiziosen indirect zugegeben, daß ein Zustandekommen eines Vertrages mit Oesterreich sehr zweifelhaft geworden ist. Auch der „N. fr. Pr.“ schreibt man aus Berlin, daß eine Vereinbarung über die noch streitigen Punkte zwischen Deutschland und Oesterreich kaum mehr in Aussicht zu nehmen sei. Fürst Bismarck plane eine Erhöhung der Holz- und Viehzölle, und selbst eine neue Erhöhung der Getreidezölle werde in Combination gezogen. Es ist die wahrscheinlich auf eine Drohung zurückzuführen, welche man in Berlin gegenüber den österreichischen Unterhändlern hat durchblicken lassen. In Ungarn plant man bereits Repressalien, die man natürlich von deutscher Seite nicht unbeantwortet lassen wird und so werden die Schlagbäume hüben wie drüben immer weiter erhöht werden, bis man einsehen wird, daß man durch zollpolitische Kampfmaßregeln zweimeistens den Gegner trifft, sich selbst aber immer schwere und meist noch ärgerere Wunden schlägt.

Wie wir nachträglich aus einem Berichte des „Reichsboten“ über die Berliner antisemitische Versammlung von Montag ersehen, hat Herr Ruppel erzählt, daß ihm, Herrn Ruppel, „die besondere Ehre zu Theil geworden sei“, von dem Führer der ungarischen Antisemiten, Herrn v. Skoczj, empfangen zu werden, und er überbringe den deutschen Freunden und besonders den Führern der Bewegung die Grüße seines Herrn. Besonders habe sich v. Skoczj über das Ehrengeschenk, „einen deutschen Biertrug mit Zubehör“, gefreut, welchen ihm Dr. Förster vor einiger Zeit verehrt. Man sieht, der Antisemitismus bemüht sich, zu einer Internationale zu werden. Skoczj ist die kontinente Figur im ungarischen Abgeordnetenhause; derselbe hält in jeder Session mit furchtbarem Pathos eine Rede gegen die Juden, welche früher immer mit gegen den Redner sich lehrender Heiterkeit aufgenommen worden ist. Erstster wurde bei Judenhege in Ungarn erst, als sie durch acht ungarische Studenten, welche im vergangenen Jahre in Berlin studirt und dort dem antisemitischen Verein angehört hatten, in diesem Jahre in die ungarischen Studentenkreise übertragen wurde, von wo die Bewegung, da in Ungarn für solche Dinge viel Hinderniß vorhanden ist, sich schnell weiter über das Land verbreitete. Herr v. Treitschke hat, wie man sieht, eine schwere Verantwortung zu tragen.

Der „Times“ zufolge ist auf eine vom englischen Cabinet an die französische Regierung wegen deren Absichten auf Bizerta gerichtete freundliche Note von dem französischen Minister des Auswärtigen, Barthélemy St. Hilaire, geantwortet worden, Frankreich denke nicht daran, einen Betrag von 150 Millionen Kosten, den die Verbesserung des Hafens von Bizerta erheischen würde, sich aufzubürden, Frankreich habe bereits mit 2½ Millionen Arabern zu schaffen, die zur Unbotmäßigkeit und zu Erregung von Unruhen geneigt seien und denke nicht daran, diese Zahl durch weitere 1 600 000 Araber in Tunis zu vermehren. Frankreich denke endlich — ohne jedoch eine absolute Verpflichtung für die Zukunft zu übernehmen — nicht im Entferntesten daran, Tunis zu annexiren und hoffe, England werde seinen Versicherungen Glauben schenken.

Das neue italienische Ministerium ist noch nicht zu Stande gekommen. Wie verlautet, hat Sella die Verhandlungen mit einigen Deputirten der Linken beßus Bildung eines Cabinets, in welchem die verschiedenen Fractionen des Parlaments vertreten sein sollen, wieder aufgenommen.

Das Rundschreiben, welches der neue russische Premier Ignatieff an die Gouverneure gerichtet, ist nichts als eine weitere Ausführung der einige Tage früher erlassenen kaiserlichen Proclamation. Bildet man sich dort wirklich ein, die heillosen öffentlichen Zustände mit einer erbaulichen Betrachtung über Religion und Tugend, die man dem Volke an's Herz legt, curiren zu können? Solche inhaltslosen Veröffentlichungen in einem Augenblick, wo das ganze Volk mit äußerster Spannung auf eine endliche Anbeutung wartet, wie die Regierung das Reich aus der gegenwärtigen, immer unerträglicher werdenden Lage herausbringen will, beweisen, daß die Regierung selbst sich in der äußersten Verlegenheit befindet und damit thut, daß sie selbst keinen Ausweg weiß. Das Circular schließt mit dem Satz: „Die Regierung wird zugleich unverzügliche Maßregeln ergreifen, welche der lebendigen Theilnahme der örtlichen Factoren bei der Ausführung der kaiserlichen Absichten den größtmöglichen Erfolg sichern.“ Diese Phrase ist doch nichts als ein vages, verträübendes Versprechen.

Nach einer Meldung der „Polit. Corresp.“ von gestern, sollte die Convention, betreffend die Mobilisitäten der Lebergabe der an Griechenland cedirten Gebietsheile spätestens heute unterzeichnet werden, da die aufgetauchten Schwierigkeiten gehoben und nur einige militärische Details festzustellen sind, deren Ordnung gestern bestimmt erwartet wurde.

43. Sitzung vom 18. Mai.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der drei Anträge, welche sich auf die Revision des Genossenschafts-Gesetzes vom 4. Juli 1868 beziehen. Abg. Schulze-Wechsungen beantragt eine Veränderung des Gesetzes namentlich in dem Sinne, daß die Mängel, welche beim Concurse entstehen, beseitigt werden; jetzt haben mit eröffnetem Concurse die Gläubiger das Recht des Einzelantrags, sie können ihre Forderungen bei einem beliebigen Mitgliede der Genossenschaft eintragen; dem Verfallten steht dann natürlich der Regreß an die einzelnen Genossenschaftler zu. An die Stelle dieser Vorschrift soll beschlossen werden, daß die Forderungen der Gläubiger nach Maßgabe der Geschäftsanteile auf die Genossenschaftler umgelegt werden können. Gleichzeitig werden mehrere Änderungen bezüglich der An- und Abmeldung des Ein- und Austritts vorgeschlagen. — Abg. v. Mirbach beantragt ein Ergänzungsgesetz zum Genossenschaftsgesetz, durch welches neben den Genossenschaften mit unbeschränkter Solidarihaft auch Genossenschaften mit beschränkter Haft zugelassen werden sollen. — Abg. Ackermann fordert eine Revision des Genossenschaftsgesetzes von 1868, v. A. zum Zwecke der Einführung eines Aufsichtswesens der Communalbehörden der Aufnahme gewisser Vorschriften gegen Speculation, über den Lombardverkehr, der Beschränkung der Geschäfte und der Mitgliedschaft auf bestimmte örtliche Bezirke.

Abg. Schulze-Delstich: Seit 1876 die Abänderung des Genossenschaftswesens von mir beantragt und seitdem hat die Erfahrung noch manche Punkte als der Aenderung und Ergänzung bedürftig bezeichnet, namentlich die Bestimmungen betr. die Feststellung der Mitgliedschaft, bezw. den Eintritt und Austritt in und aus der Genossenschaft, welche letztere für die persönliche Haftung der Genossenschafter von der größten Bedeutung ist. In dieser Beziehung wird das Geſetz mancher Ergänzung bedürfen, um eine größere Sicherheit zu schaffen. Wir sind Prozesse bekannt, wo zum Beispiel in einer Genossenschaft, die nach der eingereichten Liste 200 Mitglieder zählen sollte, diese Zahl sich auf etwa 40 reducirt, weil der Austritt behauptet wurde und nicht konstatirt werden konnte, inwiefern diese Behauptung begründet sei. Eine sehr glückliche Lösung der Aufgabe enthält das preussische Geſetz über die Wassergenossenschaften, wo sehr zweckmäßige Bestimmungen über die Konstatirung des Eintritts und Austritts enthalten sind, die ich in meinen Vorschlägen wiederhole. Ein anderer Punkt von sehr großer Wichtigkeit ist das Umlegungsverfahren, welches beim Concurs an die Stelle des Einzelausgriffs treten soll, der den Gläubigern vermöge der Grundbesitzbestimmungen über die Solidarhaft gegen jeden einzelnen Genossenschafter zusteht. Bekanntlich haben wir im Allgemeinen anstatt der Solidarhaft die Solidarbürgschaft in den Genossenschaften; nur wenn der Concurs stattegefunden hat, sind die Gläubiger berechtigt die einzelnen Genossenschafter anzufassen, um sich für ihre Verluste zu entschädigen. Die einseitliche Concursgesetzgebung ſetzt uns jetzt in den Stand, dafür zu sorgen, das auch bei dem Concurs die Interessen der Gläubiger voll gewahrt werden können ohne die Härte des Einzelausgriffs. Wenn auch hier, wie in dem Wassergenossenschaftsgesetz, ein Umlegungsverfahren eintritt, so brauchen wir nicht den einzelnen Gläubigern den Anspruch zu geben, den einzelnen Genossenschafter in Anspruch zu nehmen, sondern es genügt, wenn der Concurs eintritt, die Gläubiger

Die Solidarhaft bleibt trotzdem unberührt, denn der bei der Umlage ausgeworfene Theil, der wegen Insolvenz-Einselner nicht zu beschaffen war, muß auf die übrigen übergetragen werden. Fällt ein Theil aus, so wird der Ausfall wieder von Neuem umgelegt und so wird fortgefahren bis zur vollen Befriedigung der Gläubiger. Der Antrag des Abg. Adernmann hat mit dem Meinigen das gemeinsame, daß er sich speziell an das vorhandene Gesetz hält und einzelne Mängel des Gesetzes abändern will. Können denn aber alle Mängel durch die Gesetzgebung abgestellt werden? Willen wir z. B. die Geschäfte der Genossenschaften durch Gesetz örtlich beschränkt werden? Ich selbst bin mit Rücksicht auf die Solidarhaft der allzu großen Ausdehnung der Genossenschaften immer entgegengetreten, aber eine örtliche Beschränkung der Geschäfte auf dem Wege der Gesetzgebung halte ich für unausführbar. Bezüglich der Beschränkung der Dividende zu Gunsten eines Reservefonds werden wir leicht zu einer Vereinbarung kommen. Ich selbst gehe in dieser Beziehung noch weiter und fordere in meinem Antrage, daß jeder Genossenschaft ein Reservefonds haben muß. Andere Vorschläge des Abg. Adernmann sind derartig, daß sie mit Rücksicht auf die große Verschiedenartigkeit der Genossenschaften generell gar nicht geregelt werden können. Unser Musterstatut und die Beschlüsse unserer Generalversammlungen werden Sie überzeugen, daß wir damit viel weiter kommen als der Abg. Adernmann mit seinen Gesetzesvorschlägen. Was die zur Bildung einer Genossenschaft erforderliche Zahl von Mitgliedern betrifft, so erkenne ich an, daß wir mit den ganz kleinen Genossenschaften üble Erfahrungen gemacht haben. Auch dem Verluſte eines Mißbrauchs der Form von Consum-Veretnen zum Vertriebe von Spirituosen wird durch die Festsetzung einer größeren Zahl von Mit-

gliedern vorgebeugt werden. Unbedingt muß ich die  
 Punkte des Adermann'schen Antrages entgegenreten,  
 welcher der Communalaußsichtsbehörde ein gewisses Auf-  
 sichtsrecht über die Genossenschaften einräumt. Die Frage,  
 ob amtliche, außerhalb der Genossenschaft stehende  
 Revisoren zur Prüfung der Geschäftslage berufen  
 werden sollen, ist bereits innerhalb der Genossenschaften  
 selbst angeregt worden. Die Frage ist also im Fluß  
 und es läßt sich darüber reden. Ganz anders liegt die  
 Sache aber mit dem Aufsichtsrecht der oberen Communal-  
 behörden. Wie kann eine solche bantmäßige Geschäfts-  
 bedeutende Anläufe von Consumartikeln a. dgl. ja-  
 gemäße beurtheilen? und wie können Sie die einzelnen  
 Genossenschaften persönlich haßbar machen, wenn eine  
 Behörde, die gar nichts von den Dingen versteht, das  
 Recht haben soll, in die Verwaltung hineinzureden?  
 Sie tödten dadurch das ganze Lebensprinzip der  
 Genossenschaften und führen den Ruin derselben  
 herbei. Was den Antrag des Abg. v. Wirtbach be-  
 trifft, so beabsichtigt derselbe unserm Genossenschafts-  
 gesetz einen neuen Abschnitt hinzuzufügen; er er-  
 kennt das Genossenschaftsgezet an und beruht auf demselben,  
 will aber neben den Genossenschaften mit unbeschränkter  
 Haßbarkeit auch Genossenschaften mit beschränkter Haß-  
 barkeit einführen. Wenn der Antrag sich auf seine ur-  
 sprüngliche Form beschränkt hätte, so ließe sich darüber  
 reden. Allerdings fand sich auch bereits ein bedeutlicher  
 Uebelstand in dem Antrage, indem er den einzelnen  
 Mitgliedern das Recht geben wollte, während ihrer  
 Mitgliedschaft die Geschäftsantheile zu kündigen und  
 dennoch Mitglieder zu bleiben. Diese Bestimmung war  
 dem österreichischen Genossenschaftsgezet entlehnt, das  
 aber doch fordert, daß wenigstens einige Geschäftsan-  
 theile in der Genossenschaft zurückbleiben. Hr. v. Wirtbach  
 geht aber weiter, und bestimmt, daß Jemand gar keine  
 Geschäftsantheile zu haben braucht. Sie sehen, welches  
 Schwanzen durch eine solche Bestimmung in die ganze  
 solide Grundlage des Gesetzes kommt. Nun hat aber  
 Hr. v. Wirtbach seinem Antrage noch einen Zusatz ge-  
 geben, der denselben völlig auf den Kopf stellt. Er  
 fordert, daß die Haftbeträge der Genossenschaft durch  
 Deposition sicher zu stellen sind. Dann hören  
 ja die Haftpflicht überhaupt auf. Was bewirkt  
 Sie dadurch? Daß diejenigen Bevölkerungs-  
 klassen, für die wir wesentlich die Genossenschaften ins  
 Leben gerufen haben, von diesen Genossenschaften aus-  
 geschlossen werden, weil sie eben nicht im Stande sind,  
 die Kapitalbeträge zum Betriebe ihrer Genossenschafts-  
 geschäfte selbst einzuflecken. Diese Genossenschaften mit  
 beschränkter Haft sind also nur für wohlhabendere Mit-  
 glieder, welche dadurch den anderen Genossenschaften  
 entzogen werden während sie bisher durch ihre Theil-  
 nahme wesentlich mit dazu beigetragen haben, die Klassen  
 gegenläge zu mildern. Aber ganz abgesehen von diesem  
 Nachtheil, — was bekommen Sie dann für Genossen-  
 schaften? Diese Vereinigungen mit beschränkter Haft  
 bilden dann eine Sorte von Actiengesellschaften, die aber  
 den Grundanforderungen, welche das Gesetz an solche  
 Kapitalgenossenschaften stellt, nicht entsprechen. Die  
 Actionäre kann da keine Summe einlegen, er kann sich  
 kündigen und herausziehen — genug ein festes  
 Genossenschaftskapital ist gar nicht da; es wird ver-  
 ändert, verhöhen, vermindert. Bei einer solchen  
 Forderung ist jede Möglichkeit, sich mit Hrn. v. Wirtbach  
 über seinen Antrag zu verständigen, gänzlich aus-  
 geschlossen. Vielleicht gelingt es zu einer Klärung an-  
 gelegen in einer Commission, an die ich alle drei vor-  
 liegenden Anträge zu überweisen beantrage.

Abg. v. Mirbach: Ich kann im Großen und Ganzen mein volles Einverständnis mit den Ausführungen des Vorredners aussprechen. Er selbst hat meine Novelle definiert als die Einführung der Theilhaft neben der Solidarthaft. Die Antorschaft dieses Gedankens nehme ich für mich in Anspruch, die Fassung der Novelle rühmt von einem hervorragenden praktischen Juristen her. In Text hat in der Presse im Großen und Ganzen eine anerkennende Kritik und keine sachlichen Einwendungen gefunden. Freilich gab die liberale Presse, bevor die Text noch bekannt war, die Parole aus: Was kann denn von jener Seite Gutes kommen! Nach der „Tribüne“ ist die Novelle nur zum Zwecke der Wablagatione eingebracht. Ich glaube, es konnte nichts Besseres erdacht werden. Ein politischer Hintergedanke lag mir durchaus fern. Habe ich doch Hrn. Schulze-Delebig, den hervorragenden Mitglied der Fortschrittspartei, mein volle Anerkennung ausgesprochen für seine aufopfernde Leistungen auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens! Die Vorlage selbst kann deshalb wohl nicht bekämpft werden, weil die Theilhaft neben der Solidarthaft sich auch in Belgien und Frankreich als praktisch bewährt hat. Der Begriff der Solidarthaft ist meinem Gesetzentwurfe vollkommen klar. Es handelt sich um eine gewisse persönliche Solidarthaft, aber von beschränktem Umfange. Die Genossenschaften sind jetzt ihrer Natur nach beschränkt auf ein kleines Gebiet, weil der vermögende Mann nicht gern Gefahr läuft, bei der Solidarthaft sein Vermögen einzubüßen. Durch die Beschränkung dieser Haft will meine Novelle auch den Wohlhabenderen die Möglichkeit geben, sich an solchen Gesellschaften zu betheiligen, also den bestehenden Genossenschaften in keiner Weise Abbruch thun, vielmehr ein Mittel sein zur umfangreicheren Creditgewährung an den kleinen Mann, welche zur Bekämpfung des Bankers so außerordentlich noth thut. Da der Gedanke der Novelle so außerordentlich klar ist, so möchte ich Sie bitten, sich für die Vorlage zu erklären. (Beifall.)

bitten, sie im Plenum zu behandeln. (Beifall rechts.)  
 Abg. Adermann: So sehr ich die Verdienste der  
 Genossenschaften und des Hrn. Schulze anerkenne, so  
 sehr muß ich bedauern, daß in neuerer Zeit große  
 Verluste über ganze Gemeinden gekommen sind in Folge  
 von Concurrenz einzelner Genossenschaften. Zwar hat  
 die Gesetzgebung den Verkehr nicht vor jedem Be-  
 sicherstellen, wenn aber öffentliche Institute in größerer  
 Umlage zusammenbrechen und dadurch Familien un-  
 habe und Gut gekommen sind, so muß die Gesetzgebun-  
 helfen: Sind doch nach einem bairischen Blatte 187  
 24 Vereine mit 7 895 608 Mtl. in Verlust gekommen.  
 Die von mir aufgestellten Punkte erschöpfen die Sach-  
 durchans nicht. Mir lag nur daran, die beachtenswerthe  
 Gesichtspunkte zur Prüfung zu stellen. Was nun mein  
 ersten Vorschlag betrifft, die Geschäfte der Genosse-  
 schaften und der Teilnehmer an der Mittheilung  
 örtlich zu beschränken, so meine ich, je ausgedehnter  
 die geschäftliche Thätigkeit der Genossenschaft ist, um  
 schwerer ist es ihrer Verwaltung gemacht, die Creditfä-  
 higkeit der Einzelnen zu prüfen. Nach der jetzigen Ge-  
 setzgebung ist die Genossenschaft örtlich in keiner Wei-  
 beschränkt. Sie kann Mitglieder aufnehmen und kann  
 Geschäfte treiben wo sie will. Wenn Herr Schulze  
 meint, so etwas lässe sich nicht örtlich fixiren, er  
 erkenne zwar an, daß eine Beschränkung auf kleinere Raum-  
 verhältnisse geboten sei, es lässe sich aber gesetzlich nicht  
 machen, so verweise ich ihn auf die Kassenvereine in  
 Rheinland, deren Wirksamkeit an die Grenzen des Kirch-  
 spiels gebunden ist. Wenn ich nun die Genossenschaften  
 auch nicht an Kirchspiele fixiren möchte, so dürfte es ein-  
 doch empfehlen, den Bezirk des Amtsgerichts oder eines  
 ähnlichen Abgrenzung einzuführen. Der zweite Punkt  
 welcher die Dividende im Maximalbetrage zum Refere-  
 fonds bestimmt, geht aus der Erwägung hervor, daß



die von den Genossenschaften gezahlten Dividenden zu hoch sind. Das Verbot der Speculationen in Mobilien und Immobilien (Nr. 3) ist berechtigt, weil dieselben nicht in das Gebiet der Genossenschaften gehören. Das Verbot der Creditgewährung an Mitglieder des Vorstandes und der Verwaltung aber ist um so berechtigter, als ja auch der Vorstand aus dem Vermögen seines Mandats nur unter ausdrücklicher Zustimmung der Vorstandsberechtigten Darlehen nehmen kann. Die von mir geforderte Cautionsstellung ist nach dem Uss der Rasteren u. f. m. selbstverständlich, ebenso daß der Generalversammlung das Recht der Bestellung der im Vorstandsbericht zu lesenden Effecten zu übertragen ist und daß dieselbe Bestimmung die Grenze der Creditbewilligung an ihre Mitglieder zu bestimmen hat. Das ein Mitglied einer Genossenschaft nicht gleichzeitig Mitglied einer andern gleichartigen Genossenschaft sein dürfte, fordert gebieterisch die Erfahrung, daß Mitglieder solcher Genossenschaften an mehreren anderen Stellen in Anspruch genommen und denselben dadurch große Verluste zugefügt hätten. Den entscheidenden Widerspruch hat die Bestimmung gefunden, daß der Communal-Aufsichtsbehörde ein Aufsichtsrath, insbesondere auch das Recht der Bestellung von Revisoren, zusteht, welche nicht Mitglieder der Genossenschaft sein dürfen. Dr. Schulze hat die Nothwendigkeit einer Revision selbst anerkannt, aber gemeint, die Genossenschaften würden sich die Aufsicht der Communalbehörden nicht gefallen lassen und sich viel lieber auflösen. Ich habe die Furcht nicht, ich glaube auch, daß die Aufsicht einer solchen unparteiischen Behörde noch mehr als die einer Staatsbehörde von Nutzen sein kann. Inzwischen bin ich gern bereit, die Communalbehörde fallen zu lassen, wenn sich ein geeigneteres Organ finden sollte.

Staatssecretär v. Schelling: Die Reichsregierung ist bereits mit einer Reform des Genossenschaftsrechts befaßt. Ein vorläufiger Entwurf der Actienrechtsnovelle liegt bereits vor, während in Betreff des Genossenschaftsrechts ein entscheidender Schritt seitens der Reichsregierung noch nicht gethan ist. Die Regierung verhält sich daher gegen die neuen Gesichtspunkte, welche in den vorliegenden Anträgen hervortreten, in keiner Weise ablehnend, sondern erblidet nur eine sehr dankenswerthe Förderung ihrer Aufgabe. Ich kann Namens der Reichsregierung noch hinzufügen, daß die Hauptursache der auf diesem Gebiet existierenden Mängel in dem bisherigen System der ausnahmslosen Solidarbeit der Genossenschaften beruht und es daher als ein sehr beachtenswerther Gedanke erscheint, wenn der Antrag Mirbach neben den Gesellschaften mit unbeschränkter, solche mit beschränkter Haftung zulassen will. Die Reichsregierung wird aber in der Spezialberatung wegen der mannichfachen, noch entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht im Stande sein, eine präcisierte Stellung einzunehmen.

Abg. Kasper: Nur der überraschende Antrag des Abg. v. Mirbach, seinen Gesetzentwurf im Plenum weiter zu verhandeln, veranlaßt mich in die Debatte einzugreifen. Es macht auf mich beinahe den Eindruck, daß er die Tragweite seines Vorschlages noch nicht bis an's Ende durchgedacht hat. Es ist mir schon an sich eine merkwürdige Erscheinung, daß die Herren drüben, welche die ganze Verwirrung des Verkehrs im Wesentlichen der Actiengesetzgebung zuschreiben und die liberale Aera, wie sie es nennen, dafür verantwortlich machen, jetzt mit einem Antrage auftreten, in welchem sie das Actienwesen ganz außerordentlich erweitem wollen. (Sehr richtig! links); denn der Antrag v. Mirbach ist eigentlich nur ein Antrag auf Schöpfung neuer Actiengesellschaften unter Hinzufügung vieler Garantien, welche das Actiengesetz sonst gewährt, und es ist in der That ein fälschlicher Sprung ohne Gleichen, daß die Herren mit so leichtem Herzen und mit wenigen Paragraphen eine neue Gesellschaftsform schaffen zu können glauben. Die hundertmal die Gefahren des Actienwesens vervielfacht. Darin stimme ich mit Hrn. v. Mirbach überein, daß es nöthig ist, neue Formen des Credits zu eröffnen. Ich habe daher sowohl Actiengesellschaften als Commanditgesellschaften, wie überhaupt Actiengesellschaften, wie jede andere Form des Credits für berechtigt gehalten gegenüber den äußerlich theoretischen Bedenken, welche einer Form des Credits das zur Last legen, was an Verwirrung des Verkehrs in letzter Zeit vorgekommen ist. Mit den Genossenschaften im Sinne Schulze-Delitzsch haben v. Mirbach's Vorschläge geringe Aehnlichkeit. Ich bin für neue Formen des Credits; so glaube ich z. B., daß wir bei allen Genossenschaften, die sich mit Versicherungen beschäftigen, das Prinzip des Hrn. v. Mirbach nicht entbehren können. Schulze-Delitzsch beantragt ja selbst, daß das gegenwärtige Genossenschaftsgesetz auf die Versicherungsgesellschaften nicht angewendet werde. Das zeigt, daß nicht dieselbe Creditform für alle Arten von Gesellschaften paßt; wer also beschränkte Haftung beantragt, sollte auch darüber nachdenken, für welche Formen der Gesellschaft die Creditform paßt, unter welchen Umständen sie einzuführen sei, ohne die Gefahr des Actienwesens in die tiefsten Schichten des Volkes hineinzutragen. Worüber hat der Antragsteller nicht nachgedacht? Es ist möglich, daß er sich sehr Vieles gut gedacht hat. Nach § 6 soll jeder Genossenschaftler so viel Stimmen haben, als er Geschäftsanteile besitzt, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag Anderes festsetzt. Mit dieser Bestimmung stoßen Sie das Prinzip des Genossenschaftswesens gänzlich um, denn das Wesen der Genossenschaften besteht ja darin, daß alle Personen der Genossenschaft gleichberechtigt sind. Was sich Hr. v. Mirbach darunter gedacht hat, daß die Genossenschaftler zwar Mitglieder der Gesellschaft bleiben, aber ihre Anteile kündigen können, weiß ich nicht. Das wäre ja noch schlimmer als bei den Actiengesellschaften, wo der Actionär wenigstens mit allem, was er sich verpflichtet hat, gebunden ist. Endlich verleihe ich nicht, wie der § 8, daß der Betrag der Geschäftsanteile während der Dauer der Genossenschaft nicht herabgesetzt werden darf, sich mit dem § 6 vertragen soll; mir scheint das ein offenkundiger Widerspruch zu sein. Das stiltliche Prinzip der Genossenschaften besteht gerade im Eintreten des Genossenschaftlers mit seiner ganzen Leistung für die Genossenschaft, während der berühmte Actionär einen Theil aus seinem Vermögen ausfondert und sich nur mit diesem für die Actiengesellschaft bindet, ohne sich um die Geschäftsführung besonders zu kümmern. Wollen Sie diese Nachtheile auf das Genossenschaftswesen im Allgemeinen übertragen? Dann wird dasselbe weit in seinem Werth herabgemindert werden. Es ist unmöglich, das Gesetz in dieser Form anzunehmen; es ist unmöglich, es in dieser Session anzunehmen, nachdem Sie selbst die Regierung zu einer Revision des Actiengesetzes gedrängt haben. Sie lassen dem Antrage die genügende Berücksichtigung widerfahren, wenn Sie ihn mit den anderen Anträgen an die Commission gehen lassen. (Beifall links).

Abg. Richter (Hagen): In ungewöhnlicher Weise werden aus derselben politischen Partei von denselben Personen 2 Anträge in Bezug auf das Genossenschaftswesen eingebracht, welche auf entgegengesetzter Grundanschauung beruhen. Der Antrag Adermann hält das Gefühl der solidarischen Verantwortlichkeit noch nicht ausreichend genug und will den Genossenschaften gelegentliche Schranken auferlegen. Umgekehrt will Hr. v. Mirbach beschränkte Haftbarkeit einführen. Wer Vieles bringt, wird Jedem Etwas bringen. So habe ich die Anträge allerdings mir als zum Zweck der Wahlagitatio gestellt, zumal sie erst so spät in der Session erscheinen, wo sie keine praktische Bedeutung mehr haben können. Ich constatire übrigens, daß der Ton in der Beurtheilung des Genossenschaftswesens seitens der Conservativen hier vorthellhaft abhilt von der herabwürdigenden Weise der Kritik der Schulze'schen Genossenschaften z. B. durch die „Nürnberger Zeitung“. Hr. Adermann hat eine Ziffer genannt über die Verluste der Genossenschaften und diese Angaben zur Grundlage seiner Erörterung gemacht. Diese Ziffer ist erfunden und falsch. Schon in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftssachverständigen hatte Hr. v. Mirbach unter Berufung auf den „Bairischen Landboten“ behauptet, daß nach den Schulze'schen Genossenschafts-Blättern 1879 die Vereine mit 7 895 618 M. in Verlust gerathen sind, und daß für 1880 der bis dahin ziffermäßig festgestellte Verlust 1 202 887 M. betrage, so daß der Gesamtverlust für 1879 und 1880 9 098 495 M. betrage. Das Mißliche, was man zur Beurtheilung dieser falschen Ziffern sagen kann, ist, daß Hr. Adermann mit dem „Bairischen Landboten“ Gewinn mit Verlust verwechselt hat. (Sehr richtig.) Nach der genauen Statistik über 199 Vorschuss-Vereine

im Jahre 1879 beträgt der von Hrn. Adermann auf beinahe 8 Mill. angegebene Verlust in Wirklichkeit 1 748 164 M. und nach Abzug aller Verluste bleibt für die Vereine ein Reingewinn von 8 334 904 M. (Hört!) Pro 1880 ist überhaupt keine Statistik bis jetzt aufgemacht worden. Wenn Jemand, wie Hr. Adermann, einen selbständigen Antrag einbringt und man den Eindruck haben muß, daß derselbe sich mit den Genossenschaften näher beschäftigt hat, und gleichwohl so leicht eine falsche Ziffer öffentlich vorbringt, so ist mir das nach meinem Gefühl für parlamentarische Verantwortlichkeit unerträglich. (Sehr richtig! links.) Mit seinen falschen Ziffern würde Hr. Adermann den Genossenschaften zehnmal mehr geschadet haben als im günstigsten Fall sein Antrag nützen kann. Was will überhaupt Verlässlichkeit belegen? Nicht Fremde haben dies an Genossenschaften verloren, sondern es sind die Verluste, welche innerhalb der Genossenschaften dem Gewinn gegenüberstehen, wie in jedem Geschäft Verluste und Gewinne vorkommen. Seit der großen Krise von 1873 haben alle Gesellschaften ihr Verlustkonto wachsen sehen. Ja, die gepriesene Reichsbank hat über 3 Millionen Mark protestirte Wechsel in ihrem Portefeuille und 1879 allein in Dortmund 2 Mill. verloren, trotzdem sie als Notenbank unter noch strengeren Bestimmungen arbeitet, wie sie Hr. Adermann Genossenschaften vorschreiben will. Im Verhältnis zu anderen Geschäftsfreunden, ja im Verhältnis zu den Einzelgeschäften haben die Genossenschaften sich als besonders solide Geschäftsform erwiesen. Hr. Adermann will dem Verlust durch gelegentliche Schablonen vorbeugen. Die sächsischen Conservativen übertreiben an Schwärmerei für Staatsverwaltung und alle Conservativen im Reich. Nach dem Ideal derselben müßte eigentlich neben jedem Menschen ein Polizeibeamter stehen, natürlich ein sächsischer (Sehr richtig), der aufpaßt, daß er Nichts verliert und keine Dummheiten macht. Nirgend ist die Theorie von beschränkter Unterthänigkeit so entwickelt, wie bei den Conservativen. Die Genossenschaften haben aus sich heraus Großes geleistet ohne sächsischen Polizeit, es kommen einzelne Verluste vor, flugs sind die sächsischen Conservativen vor Stelle und sagen, das kommt davon, daß die sächsischen Polizeit nicht dabei gestanden hat. Deshalb sollen die Genossenschaften also unter Communal-Aufsichtsbefehl gestellt werden! Ja wenn die letzteren es nur verstanden, ihre eigenen Rechnungen in Ordnung zu halten. Auf dem Stadtag in Brandenburg wurde constatirt, daß die Landräthe nicht einmal überall die vorgeschriebenen Anträge aus der Kreisverwaltung publicirten und auf dem Brandenburger Provinzialtag wurden die erheblichen Zweifel gegen die Kreisstatistik vom Landhofscommissar ausgeprochen. Wenn die Behörden ihre eigenen Rechen gegen Untersuchungen schieben könnten, die doch abstrichter vorkommen als bei jedem Geschäft, Jeder würde sich also auf die Aufsicht der Behörden verlassen und in der eigenen Prüfung nachlassen, während doch die Behörden selbst wieder die Fähigkeit, noch die Mängel zu haben, die Aufsicht zu führen. Was im Uebrigen in der Schablone des Hrn. Adermann steht, mag für Resolutionen von Vereinstagen passen, und ist auch vielfach in solchen ausgeprochen worden, aber wollte man dergleichen in das Gesetz schreiben, so müßte es auch Anwendung finden auf Fälle, wozu die Schablone nicht paßt, z. B. die Beschränkung der Mitgliedschaft auf einzelne Orte würde gerade die Beilegung der Landwirthschaft am Genossenschaftswesen erschweren. Auf andere Genossenschaften wie Vorschussvereine sind überhaupt die Adermann'schen Vorschläge nicht zugeschnitten. Was heißt zur Caution verpflichten, wenn man nicht die Höhe der Caution angiebt. Wie kann man aber einen solchen Satz aufstellen? Wie läßt sich ein Maximaltarif für Dividenden aufstellen? Die Genossenschaften hatten 1879 einen Reservefonds von 16 Mill. Mark, sie brauchen für die Bildung des Reservefonds keinen gesetzlichen Zwang. Mehr als die Gesetzschablone hilft der einzelnen Genossenschaft die Gemeinnützigkeit, die öffentliche Kritik der einzelnen Unfälle und Verluste auf den Verhandlungen zur Warnung der Uebrigen. Die persönliche Autorität von Schulze-Delitzsch können Sie durch keine Gesetzeschablone ersetzen, welche zudem auf die verschiedenen Fälle nicht paßt würde. Verwundern kann man sich nicht genug, daß während die Conservativen im Lande überall vom Actienwahnbel sprechen, den angeblich die Liberalen herbeigeführt haben sollen, hier von conservativer Seite die Einführung einer beschränkten Haftbarkeit eingeführt wird, welche zum Mindesten die Gefahren des Actienwesens in sich trägt. Keine Actie kann unter 50 Thaler betragen, worauf mindestens 5 Thaler eingezahlt sein müssen. Hier ist davon keine Rede. Als ich mich vor 15 Jahren praktisch mit dem Genossenschaftswesen, insbesondere mit den Consumvereinen beschäftigte, habe ich mich auch für Beschränkung der Haftbarkeit, also lange vor Herrn v. Mirbach, erklärt, aber die Frage liegt bei jeder Art von Genossenschaft verschieden. Ich wünschte sie damals nur für Consumvereine und Productivgenossenschaften, welche nur gegen baar verkaufte und deshalb selbst keinen erheblichen Credit bedürfen. Auf solche Vereine hat auch in England, wo die Vorschussvereine nicht entwickelt sind, die beschränkte Haftbarkeit praktische Anwendung gefunden. Die österreichische Gesetzgebung datirt erst von 1873, von wo ab man unter der Einwirkung des Handels vorsichtiger sein mußte. Seitdem sind ebenso viele Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung entstanden, als mit beschränkter. Ebenso viele beschränkte Genossenschaften sind zu Grunde gegangen und mehr beschränkte sind in unbeschränkte verwandelt worden als man gehabt. Ein abschließendes Urtheil läßt sich nicht aussprechen. Die Grundanschauung des Hrn. v. Mirbach widerspricht dem Wesen der Genossenschaften. Er beruft sich auf die Einträge auf den Verhandlungen über den oberflächlichen Nothstand. In Deutschland sind sehr viele Genossenschaften, welche er, was sie leisten und ist er überzeugt, daß, was sie nicht leisten, neue Genossenschaften besser vermöchten? Er hat den Gedanken der Wohlthätigkeit reicher Leute, welche kleinen Leuten Geld geben sollen, für die Genossenschaften verworfen wollen, aber sehr reiche Leute sind wenig und der kleinen Leute sind viele. Die Schulze'schen Genossenschaften haben gerade mit dem Wohlthätigkeitsprinzip gebrochen, und erst die Vereinigungen sind dem Grundgedanken der Selbsthilfe haben die Mittel zugeführt, um die Creditbedürfnisse der kleinen Leute in so großem Umfange zu befriedigen. Vornehme Leute, welche nur das Geld hergeben, das die kleinen Leute in der Genossenschaft ausgeben, sind kein Segen für Genossenschaften. Männer aus niederen Ständen können der Genossenschaft durch ihren Rath in der Verwaltung viel nützen und durch die Form der Solidarbeit werden sie gerade verantwortlich dafür, nur guten Rath zu erteilen. Wenn aber die Wohlthäter bloß Geld gewissermaßen a fonds perdu hergeben, welches die eigentlichen Interessenten zu veranlassen haben, so wird das Geld bald verwirrwirrt sein und die neue Form der Genossenschaften wird mehr zur Verwirrung des guten Rufes der gegenwärtigen Genossenschaften beitragen, als sich nützlich erweisen. Die beschränkte Haftbarkeit hat also in bestimmter Richtung eine Zukunft, aber keine Materie des Gesetzes ist zur Zeit weniger vorbereitet. Die Beteiligte haben keine Initiative ergriffen, aber die auswärtige Gesetzgebung ist die Materie noch nicht vollständig und unklar. Bis zum nächsten Jahre aber möchte ich Hrn. v. Mirbach den Rath geben, sich nicht bloß durch allgemeine Vorstellungen und durch ein wohlwollendes Herz bestimmen zu lassen, sondern sich praktisch einmal um das Genossenschaftswesen zu kümmern und in die Verwaltung der Genossenschaften hineinzufügen. Theoretischer, wie er vorgeht, ist der Liberalismus, dem man von jener Seite so oft einen Vorwurf macht, nie vorgegangen, und solche Gesetzesmacher, wie sie Hr. v. Mirbach vorschlägt, gewissermaßen ins Blaue hinein, hat der Liberalismus zu keiner Zeit und auf keinem Gebiete betrieben. (Beifall links).

Abg. Schröder (Friedberg): Im Jahre 1878 habe ich mir erlaubt, im Anschluß an den § 3 des vorliegenden Gesetzesantrages zu erklären, daß in Süddeutschland, insbesondere im Großherzogthum Hessen und Baden, auch in Rheinländern zum Theil Genossenschaften, d. h. landwirthschaftliche Darlehensanstalten, nach Reiffen'schem und anderen Systemen bestehen, daß dort außerdem eine Reihe von Consumvereinen vorhanden sei, die zur Zeit mit gutem Erfolge ohne Geschäftsanteile operirt hätten. Ich gab damals zu erwägen, ob in dieser Beziehung nicht die volle Frei-

heit zu lassen sei. Ich kann heute constatiren, daß im Vorjahre auf einer Konferenz von Vertretern dieser Vereine unter Zustimmung des anwesenden Anwalts Schulze-Delitzsch ausgesprochen wurde, daß man allerdings mit minimalen Geschäftsanteilen sich begnügen könne, daß man aber mit Rücksicht auf den Charakter der Genossenschaften solche fordern müsse. Auch die Verbandstage dieser Genossenschaften haben sämmtlich diesen Beschluß gutgeheißen.

Abg. v. Mirbach: Dem Abg. Kasper muß ich erwidern, daß meine Vorschläge die Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung keineswegs in ihrem Bestand tangiren. Nachdem übrigens Schulze selbst sich dafür erklärt hat, kann ich auf die Zustimmung Kasper's verzichten. Wenn er mir übrigens vorgeordnet hat, ich begreife die Tragweite meines Antrages nicht, so will ich nicht verneinen, daß ihm allein die Fähigkeit beizumessen, in allen Dingen gleich klar zu sehen. (Sehr richtig.) Hr. Richter gegenüber constatire ich, daß unter der Herrschaft des österreichischen Gesetzes von 1873 sich bereits über die Hälfte aller dortigen Genossenschaften als Theilhabergesellschaften constituirt haben. Was die Kritiken der Zeitungen betrifft, so erkläre ich, daß ich für keine derartige Aeußerung verantwortlich bin; ich bin nur für das verantwortlich, was ich selbst ausspreche. Hr. Richter ist es gelungen, auch hier die politischen Gegensätze hervorzuheben. Hoffentlich begegnet ein derartiges Vorgehen, das jede objective Behandlung wirtschaftlicher Fragen verhindert, einmal dem einmüthigen Widerstande aller Parteien dieses Hauses. Wenn Hr. Richter mir vorgeordnet hat, ich solle nur Wohlthätigkeitsvereine schaffen, so verweise ich ihn auf den fenograbischen Bericht, der gerade das Gegenheil ausweisen wird. Möge Hr. Richter mir nicht ins Blaue hinein Vorschläge machen!

Abg. Adermann: Hr. Richter hat auf den Verlust keine Rücksicht genommen, welche den einzelnen Genossenschaften durch nothwendig gewordene Zuschüsse an die Genossenschaften erwachsen sind. Seine Aeußerungen über die sächsischen Conservativen sind in einer Tonart gemacht worden, die mich eigentlich jeder Entgegnung überheben.

Abg. Schulze-Delitzsch: Die Regierung hat bei Verantwortung einer von mir gestellten Interpellation allerdings anerkannt, daß die jetzigen Genossenschaften Geschäftsanteile haben müssen. Wenn also die Reiffen'schen Genossenschaften solche Geschäftsanteile bisher nicht gehabt haben, so stehen sie damit eigentlich außerhalb des Gesetzes. Ich kann aber mittheilen, daß nach meinen Informationen die Reiffen'schen Genossenschaften jetzt fast durchgängig Geschäftsanteile eingeführt haben.

Persönlich bemerkt Abg. Richter (Hagen): Herr v. Mirbach hat ausdrücklich von „Wohlhabenden“ gesprochen, die „im Interesse der kleinen Leute“ solchen Genossenschaften beitreten sollten. Das ist aber, was ich unter Wohlthätigkeits-Anstalten verstehe. Hr. Adermann hat zugeben müssen, daß seine Zahlen falsch gewesen sind. Er hat angedeutet, er wisse vielleicht Zahlen, die es noch viel schlimmer darstellen, sich aber wohl gehütet, dieselben anzuführen. Ein solches Verfahren richtet sich selbst.

Die Anträge werden sämmtlich einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Befreiung der Weinabschließung, der vom Abg. Buhl beantragt ist. Nach demselben soll die gewerbsmäßige Verstillung weinähnlicher Getränke (Kamille) mittels Säuren, fäurehaltiger Substanzen oder Glycerin, sowie der Verkauf dieser Getränke bestraft werden.

Abg. Buhl: Mein Antrag bezweckt die schweren Mängel, welche gegenwärtig im Weinverkehr bestehen und zu deren Beseitigung die jetzige Gesetzgebung nicht ausreicht, aufzuheben oder wenigstens in bedeutendem Maße abzumildern. Dabei sehe ich von derjenigen Weinabschließung ab, welche durch Zugabe von Wasser und Zucker der natürlichen Säure des Weines entgegengetreten werden. Vielmehr trifft mein Antrag diejenigen Fabrikanten, welche die natürlichen Säuren durch künstlichen Säurezusatz vermehren und es dadurch ermöglichen, die Quantitäten dieses Weines unbegrenzt vermehren zu können, so daß von dem wirklichen Wein kaum etwas herausspürbar werden kann. Dieser Kunstwein, der nicht als solcher bezeichnet wird, hat einen bedeutenden Handel und schädigt durch seine große Concurrenz den realen Weinabschließern. Das Gesetz über die Verstillung von Nahrungsmitteleinrichtungen reicht nicht aus, um diese Mängel zu beseitigen, da durch die gewerbsmäßige Verstillung, „Kunstwein“ der Thatbestand jenes Gesetzes: „Fälschung von Nahrungsmitteleinrichtungen“ gewöhnlich nicht vorliegt, oder wenigstens die Thatfrage in einer Weise verschleiert werden kann, daß die Gerichte nicht gegen die Fabrikanten vorgehen können. Durch diese Calamitäten für den Weinbau ist ein großes Mißtrauen und in Folge dessen eine bedeutende Verringerung der Weinconsumtion eingeetreten und dringende Abhilfe nöthig. Das Bedenken, daß mein Antrag zu weit geht, wird dadurch ausgeschlossen, daß das Nahrungsmitteleinrichtungsgesetz, welches vorsteht, das Kunstweine unter bestimmter Firma verkauft werden dürfen, dadurch nicht berührt wird. Was die geschäftliche Behandlung meines Antrages betrifft, so ist es dringend wünschenswerth, daß wir mit dieser Materie während der laufenden Session fertig werden. Ich würde deshalb wünschen, daß wir gleich in die zweite Berathung eintreten könnten. Sollte dagegen eine commissarische Berathung gewünscht werden, so würde ich wünschen, daß er einer eigenen Commission überwiesen wird. (Beifall).

Abg. Schröder (Friedberg) erkennt das Bestreben des Abg. Buhl, das Gesetz über die Verstillung von Nahrungsmitteleinrichtungen durch den vorliegenden Antrag zu ergänzen, an, bittet aber doch zu berücksichtigen, daß eine Definition von Kunstwein sich nicht klar geben lasse und außerdem das Gesetz über die Verstillung von Nahrungsmitteleinrichtungen selbst die Herstellung von künstlichen Weinen nicht verboten habe, sondern nur die Fabrikation solcher Weine, die mit gesundheitsgefährlichen Stoffen gemischt sind. Das habe aber zum großen Theil die Fabrikation der Kunstweine besonders gefördert, und dieser ganze Zweig der Industrie würde brach gelegt werden durch den vorliegenden Antrag. Auch dürfte man nicht vergessen, daß der Wein häufig gewisser Zusätze bedarf und verschiedene Färbungen unter einander versetzt werden müssen, um einen feins gleichmäßigen Wein zu liefern. Es lasse sich daher häufig eine scharfe Grenze nicht ziehen, wo die Verstillung anfängt, zumal die Chemie selbst noch nicht weit genug vorgeschritten sei, um jedesmal eine zureichende Analyse des Weines zu geben.

Abg. Reichenperger (Gresfeld) erklärt sich mit dem Antrage Buhl einverstanden, wünschte aber noch eine Bestimmung, Inbegriff dessen namentlich die Verstillung von Rothweinen ausgeschlossen werden könnte. Auch würde es sich empfehlen, den Entwurf einer Commission zu überweisen, um Bestimmungen auszumachen, welche auch gewisse Verbesserungen der Weine durch Zugabe, die durchaus heilsam seien, treffen würden.

Geb. Rath Kocher erklärt, daß eine Declaration darüber, welche Manipulationen im Sinne des Nahrungsmitteleinrichtungsgesetzes als erlaubt angesehen werden dürften, nicht gegeben werden könne, da die Gerichte, welche selbstständig zu richten haben, eine solche nicht anerkennen würden.

Nachdem sich Johann noch die Abgg. Kiefer und Staudy, für Ueberweisung an eine Commission ausgesprochen haben, constatirt Abg. Richter, daß auch seine Partei dem Antrag sympathisch gegenüberstehe. Der Antrag wird darauf einer Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht nunmehr die Beratung des Antrages Vandalier betreffend den Unterstufungswohnhof. Der Antragsteller beantragt selbst mit Rücksicht auf die vorgeordnete Zeit den Gegenstand von der Tagesordnung abzulehnen. Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die Beratung mehrerer Petitionen. Eine Petition des landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Reichenbach, den Erlaß gesetzlicher Vorschriften zum Schutz nützlicher Singvögel betreffend, wird dem Reichstanzler als Material für das beabsichtigte Vogelzuggesetz überwiesen.

Drei Petitionen, in denen sich die Petenten darüber beschwerten, daß sie durch die militärischen Schießübungen in ihrem Besitz, resp. ihrem Erwerbe gehindert werden trotz des Widerspruchs des Reg.-Commissarius der Regierung zur Abhilfe überwiesen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Deutschland.

△ Berlin, 18. Mai. Dem Bundesrath ist der folgende Entwurf einer Verordnung betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbankbeamten zugegangen: „Die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbankbeamten der Civilverwaltung vom 20. April d. J. finden auf die Reichsbankbeamten mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung: 1) an Stelle der Reichskasse tritt überall die Kasse der Reichsbank; 2) die Wittwen- und Waisengeldbeiträge werden bei der Reichsbank zu einem besonderen Fonds angeammelt und verwaltet. Insofern derselbe nicht zu den laufenden Zahlungen an Wittwen- und Waisengeld zu verwenden ist, erfolgt die zinsbare Anlegung in Schuldverschreibungen des Reichs oder deutscher Bundesstaaten nach Bestimmung des Reichsbank-Directoriums. Im Falle des § 41, Abs. 1 des Bankgesetzes geht der Fonds mit den darauf laufenden Verpflichtungen unverändert an das Reich über; 3) diese Verordnung tritt mit dem 1. Juli 1881 in Kraft.“

△ Berlin, 18. Mai. Wenn der Plan, den Schluß des Reichstags bis Pfingsten herbeizuführen, gelingen soll, wird das Haus sich sehr beschränken müssen. Als bestimmendes Motiv für die rasche Beendigung der Session wird angeführt, daß eine Anzahl Mitglieder des Reichstags dem Präsidenten erklärt hätten, daß sie nach Pfingsten an den Sitzungen nicht mehr theilnehmen könnten. Welche Bewandniß es mit dieser Erklärung hat, mag dahingestellt bleiben. Auffällig aber ist es, daß der Reichstanzler seinen Einspruch gegen diese Dispositionen erhebt. Denn die Anträge bezüglich der Einschließung der Unterelbe in das Bollgebiet unter Aufhebung des Hauptbollamts und der Zollvereinsniederlage in Hamburg, welche in diesen Tagen dem Bundesrath zugegangen sind, haben, man möchte fast sagen, den eingetragenen Zweck, die Anschlußverhandlungen zu einem raschen Abschluß zu bringen, so daß die finanziellen Modalitäten des Anschlusses noch in dieser Session des Reichstags geregelt werden könnten. Der Einschluß der Unterelbe in das Bollgebiet wird freilich unter allen Umständen beabsichtigt, aber die Eile, mit der dieselbe ins Werk gesetzt werden soll, ist nur verhältnißlich, wenn es sich um die Ausübung einer Pression auf den Senat und die Bürgerschaft Hamburgs handelt. Der Antrag des Reichstanzlers bezüglich der Unter-Elbe bezeichnet den Anschluß Hamburgs als einen „halb zu erhoffenden“, die Aufhebung des Hauptbollamts und der Vereinsniederlagen hätte nur dann einen Sinn, wenn Hamburg den Anschluß unter den von dem Reichstanzler formulirten Bedingungen verweigern sollte. Denn daran ist doch nicht zu denken, daß der Reichstanzler im Fall einer Verständigung mit Hamburg dem dortigen Verkehr die Erleichterungen, welche demselben das Hauptbollamt und die Zollvereinsniederlage gewähren, auch für die Zwischenperiode von fünf oder sechs Jahren entziehen sollte, welche nach dem Eingekündigt des Reichstanzlers erforderlich ist, um die Vorbereitungen für den Anschluß des größeren Theils des Gebiets und der Stadt Hamburg selbst durchzuführen. Aber abgesehen von der hamburgischen Frage ist es zweifellos, daß der Schluß der Session vor Pfingsten nur erfolgen kann, wenn die Reichsregierung auf die Durchberatung eines Theils ihrer Vorlagen Verzicht leistet, und der Reichstanzler von den angekündigten neuen Vorlagen Abstand nimmt. Die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz wird dem Reichstag allerdings nicht viel Arbeit machen. Auch die Vorlage wegen des definitiven Reichstagsgebäudes hat, wie jetzt gemeldet wird, die Vorarbeiten noch nicht paßirt. Wenn es aber richtig ist, daß die Bedenken, welche der Kaiser gegen die Vorlage erhoben hat, sich auf Einzelheiten des Plans beziehen, so wäre damit erwiesen, daß die Frage der Berufung des Reichstags nach einem andern Orte als Berlin im Cabinet des Kaisers nicht erörtert worden ist.

\* \* \* Berlin, 18. Mai. Aus dem allgemeinen Theil des Berichts, den der Abg. Graf Bismarck im Namen der Commission für das Jnnungesetz erstattet hat, ersehen wir nicht ohne einige Ermuthung, daß die parlamentarischen Vertreter der Zwangsinnungen nicht einmal den Muth ihrer Meinung haben. Der Bericht constatirt, die Mehrheit der Commission, bestehend aus den Mitgliedern, welche die Regierungsvorlage als „zur Anregung der selbstständigen Thätigkeit des Handwerkerstandes bestimmt“ billigt, und aus denen, welche die Vorlage nur als Abschlagszahlung acceptiren (Reist und Genossen), habe ausdrücklich bekannt, daß sie „Zwangsinnungen in keiner Weise erstrebe, vielmehr glaube, daß dieselben für das Handwerk mehr schädlich als nützlich wirken würden.“ Diese Erklärung ist zutreffend, wenn die Sprache dazu bestimmt ist, die Gedanken zu verbergen. Der § 100c nach den Beschlüssen der Commission stipulirt bereits den wenn auch verschämten Jnnungszwang.

△ Berlin, 18. Mai. Die Commission für das Gesetz gegen die Trunkenheit hat heute in zweiter Lesung mit 8 gegen 4 Stimmen den § 3 der Vorlage, „die Verhängung der Haftstrafe durch Schmälerung der Kost für Gewohnheitsrinker und bei solchen, welche zum dritten Male vor Ablauf von 3 Jahren wegen argersüchtiger Trunkenheit verurtheilt worden“, angenommen. Bei der ersten Lesung war diese Bestimmung mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden. Die Schmälerung der Kost, bestehend in der Beschränkung auf Wasser und Brod, soll, wie die Commission abweichend von der Vorlage beschlossen hat, an jedem zweiten Tage eintreten. § 4 der Vorlage: „Auf die vorbezeichnete Straffschärfung kann außer den Fällen dieses Gesetzes erkannt werden, wenn der Verurtheilte die That, wegen welcher er bestraft wird, in einem nicht unverschuldeten Zustande von Trunkenheit begangen hat“, wurde von der Commission abgelehnt.

\* \* \* Folgenden Abänderungsantrag zum Bericht der Commission über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtslosten-gesetzes und der Gebührenordnung für Gerichts-vollzieher, haben die Abgg. Dr. v. Cuny, Dr. v. Bamberg, Dr. Reichenperger (Gresfeld) eingebracht: 1. in Artikel 3 der Ziffer 1 folgenden dritten Absatz zuzufügen: „Ist eine Zustellung durch den Gerichtsvollzieher bewirkt, obgleich sie mit geringeren Kosten durch die Post hätte erfolgen können, so erhält derselbe die Mehrkosten nur, wenn er zur Vornahme der Zustellung ohne Benutzung der Post ausdrücklich ermächtigt worden ist“, und die Ziffer 2 zu streichen; 2. in Artikel 3 die Ziffer 3 zu streichen. — Motive: ad 1. Der § 3 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmt in seiner bisherigen Fassung: „Für die Beglaubigung der Abschrift eines zuzustellenden Schriftstücks erhält der Gerichtsvollzieher für das Blatt 5 Pfennig.“ Nach den Commissionsbeschlüssen würde diese Beglaubigungsgebühr fortfallen. Der vorstehende Antrag 1 bezweckt ihre Beibehaltung. Ad 2. Der Antrag, die Ziffer 3 zu streichen, bezweckt Beibehaltung der bisherigen Bestimmung, wonach das Minimum der Pfändungsgebühr 2 M. beträgt.

\* Die Commission des Reichstages zur Vorberatung des von den Abgeordneten v. Below-Salese, Uhlen und Dr. Löwe (Bochum) vorgelegten Gesetz-







Heute früh 6 1/2 Uhr wurde uns ein munterer Knabe geboren.  
Danzig, den 19. Mai 1881.  
Oscar Fietkau und Frau,  
geb. Kuhnke.

Die Verlobung unserer Tochter Renate mit dem Hofbesitzer Herrn Gustav Stante aus Fischhaberbeehren wird uns ganz ergebenst angezeigt.  
Danzig, den 19. Mai 1881.  
J. Omnitz u. Frau.

Heute den 19. Mai, 10 1/2 Uhr Vormittags, starb mein innigst geliebter Vater, unser theurer Vater, Schwiegervater und Großvater, der königliche Oberst z. D., Ritter mehrerer Orden u.  
**Friedrich Rapmund**  
in seinem 72. Lebensjahre, was ich in tiefstem Schmerze Freunden und Bekannten zugleich im Namen aller Hinterbliebenen hierdurch anzeigen. (6745)  
Danzig, den 19. Mai 1881.  
Antoinette Rapmund,  
geb. André.

## Auction.

Am 20. Mai cr., Vormittags 10 Uhr, werde ich in meinem Auctionslocale, Pfefferstadt No. 37 im Wege der Zwangsversteigerung:

1 Piano, 2 Nähmaschinen, 4 Kommoden, 6 Spinde, 6 Spiegel, 4 Sopha, Bilder, 3 Regulatoren, 4 Lampen, 4 Wanduhren, 24 Stühle, 1 Schiffsuhr, 7 Pack Gardinen, 5 Tische, 1 Leppich, 3 Bettgestelle mit Betten, Bett- und Leinwand, Herren- und Damenkleider, Gipsfiguren, Glas- und Porzellan-sachen, 2 Schrankstühle, 1 eisernen Kochofen,  
gegen sofortige Zahlung meistbietend versteigern. (6456)

**Petersson,**  
Gerichts-Vollzieher.  
Pfefferstadt 37.



## Dampfer-Verbindung Danzig-Grändenz- Culm.

Dampfer „Neptun“, Capt. Otto Liedtke, ladet bis  
Sonntag, den 21. d. Mts.,  
Mittags in der Stadt, Nachmittags in Neufahrwasser.  
Güter nach den Weichselstädten bis Culm. —  
Anmeldungen erbitte!

**A. R. Piltz,**  
Schäferi No. 12.

## Dampferverbindung zwischen

## Liverpool und

## Danzig.

Dampfer „Constance“ Expedition von Liverpool am 25. Mai.  
Güteranmeldungen erbitte!

**F. G. Reinhold.**

## Danzig-Pillau.

Herr Strauss-Neufahrwasser wird ersucht, am Pfingstfesttage eine Dampferfahrt nach Pillau mit Rückfahrt am 2. Festtage zu arrangiren. (6740)  
Mehrere Teilnehmer.

## Deutscher Kellner-Bund.

Bezirks-Verein Danzig.

## Versammlung

Montag, den 23. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, im Restaurant des Herrn Punsche, Sopengasse No. 24.

Tagesordnung:  
1. Wichtige Mittheilung über Bureau-Angelegenheiten.  
2. Neuwahl zum Vorstand.  
3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
4. Wichtige Mittheilung, betreffend den Central-Verein zu Leipzig.

Um zahlreiche Theilnahme wird höflichst gebeten. (6674)  
Der Vorstand.

## v. Kisielnicki.

Brodbäntengasse 7, 11.  
Zu sprechen von 12 u. 2 Uhr.  
Lehrer für

## Violin- u. Klavierspiel.

Meinen geehrten Kunden bringe ich hiermit die Conservirung der Pelzfächer für den Sommer in Erinnerung. (6445)

**Ludwig Schwander,**  
Heiligegeistgasse 18.

## Holl. rothe Dachpfannen

von prima Qualität offerirt billigt  
**Albert Fuhrmann.**

## Eisschränke

on gros. on detail.  
**Größtes Lager**  
3 Jahre Garantie.

Fabrik von M. Vandel, 2. Damm 11.  
Pauzerecorsets m. Fischbein-einlage, Glacehandschuhe  
alle Farben Mt. 1,25

empfehlte im Ausverkauf  
**H. Liedtke,**  
Heiligegeistgasse 106.

## Geschäfts-Verlegung.

Einem geehrten Publikum Danzigs und Umgegend die ganz ergebene Mittheilung, daß ich von heute ab meine

## Eisenwaaren- und Baumaterialien- Handlung

von der Köpfergasse nach der  
**Milchkannengasse No. 15**

verlegt habe. Ich bitte mir in meinem neuen Geschäftsfocale dasselbe Vertrauen zu schenken und zeichne hochachtungsvoll und ergebenst

**J. Broh.**

## Möbel-, Spiegel- und Polster- Waaren-Magazin

von  
**A. F. Sohr,**  
Große Gerbergasse 11 u. 12.

Reichhaltige Auswahl vollständiger Zimmer-Einrichtungen in allen Holzarten, bei stilvoller sauberer Ausführung, zu den billigsten Preisen.

Einfache Möbel, Klapp-Stühle, Klapp-Fauteuils für Badeorte offeriren billigst.

## Putz- u. Mode-Magazin

**Cäcilie Wahlberg,**  
17 Große Wollwebergasse No. 17.

## Dr. Kniewel & Siedentop

in America approb. Zahnarzt. Kgl. Preuss. approb. Zahnarzt.  
Langgasse 67, Eingang Portchaisengasse.  
Sprechstunden von Morgens 9 bis Abends 6 Uhr.  
NB. Unbemittelte werden ganz besonders berücksichtigt.

## Marquisen und Zelte,

complet fertig incl. Anmachen,  
liefern in bester Ausführung zu den billigsten Preisen.

## Marquisen und Zelt-Leinwand

in sämtlichen Breiten und Qualitäten in größter Auswahl empfehlen  
**R. Deutschendorf & Co.,**  
12. Milchkannengasse 12.

## Wirklich reeller Ausverkauf.

Wegen vollständiger Geschäftsaufgabe  
verkaufe zu und unterm Kostenpreise mein Lager von langen und kurzen

Tabaks-Pfeifen jeder Art, Schagpfeifen, Cigarrenspitzen in Bernstein, Meerbaum und Weichselrohr, Tabaks-Dosen, Feuerzeuge, Spazierstöcke, Portemonnaies und Cigarren-Taschen in Eisen, Silber, Perlmutter und Leder, Kragen- und Manchettenknöpfe, alle Sorten Kämmen und Bürsten, darunter die beliebten Stahlpfeifen, Obmesser und Messer, ständer, Hornlöcher und Salatscheren, Schach- und Dominospiele, Schachbretter, Kartenpressen, Whistmarken und Teller,

**Eisenbeinfächer, Schmucksachen in Eisen-bein, Zett und Bernstein,**  
Billard-Bälle, Kegelfugeln, Regel, Luene-Leder u.  
Das Lager ist vollständig und nur mit den neuesten und besten Sachen sortirt und ist unter annehmbaren Bedingungen auch sofort im Ganzen zu verkaufen. (8841)  
**G. Gepp sen.,** Kunstschneider, Sopeng. 43.

## Zur Bade-Saison

offerire:

Für Damen: Elegante Bromenadenschuhe, Spangenschuhe und Morgenschuhe.  
Für Damen: Leichte Lederstiefel von 6 Mk. an, hohelegante Lederstiefel von 9 Mk. an.  
Für Damen: Pantoffel in Leder und Stoff.  
Für Damen: Lastingstiefel mit und ohne Absatz, Lasting-Morgenschuhe mit und ohne Absatz.

**Herren-Gamaschen von 8 Mark an,**  
**Herren-Schür-Schuhe von 7,50 Mark an.**

**Zu den Einsegnungen offerire:**  
Für junge Damen Lastingstiefel, 6 Zoll hoch, elegantes Facon, mit Quasten von 4 Mk. an. Knaben-Schäftstiefel und Gamaschen von 4,50 Mk. an, Knaben-Husarenstiefel von 5 Mk. an.

**G. Willdorff, Schuhfabrik,**  
Langenmarkt-Gde, Kürschner-Gasse No. 39.

Wir machen das Publikum in seinem eigenem Interesse darauf aufmerksam, daß unsere Quellenprodukte, wenn acht, mit obestehender Schutzmarke versehen sein müssen.

Haupt-Niederlage unserer Quellenprodukte bei Herrn Hermann Lotzau, Danzig, Kreuznach. Verwaltung der Soolbader-Actien-Gesellschaft.

## Woll-Auction

im Adebarr-Speicher (Sopengasse).  
Mittwoch, den 25. Mai 1881, Vormittags 11 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage

ca. 50 Centner Schmutzwolle  
in öffentlicher Auktion an den Meistbietenden gegen baare Zahlung versteigern.  
**Joh. Jac. Wagner Sohn,**  
vereidigter Gerichts-Tagator und Auctionator,  
Bureau: Sundegasse No. 111.

## Sochelegante SCHUHWAAAREN.

Damenstiefel in allen Lederarten von 5-12 Mk.,  
Damenstiefel in Zeug, auf Rand von 4-9 Mk.,  
Herrenstiefel, vorzüglichste Waare von 7-13 Mk.,  
Knaben-Husarenstiefel von 4,50-8 Mk.,  
Kinder- und Mädchenstiefel allerbilligst, empfiehlt

**Josef Paradies,**  
Ersten Damm No. 1 und Gr. Krämergasse No. 10.

Indem nun die Möbel-Transporte nach den Bade-Orten beginnen, empfehle den hochgeehrten Herrschaften meine

## Möbel-Fuhrwerke

zur promptesten Umzugsausführung. Möbel-Transporte nach allen anderen Richtungen halte permanent unterwegs, welche ich zur besten Benutzung empfehle. (6736)

**H. Toews, Speditour,**  
Fleischergasse No. 43.

## Eleganteste Neuheiten in Sonnenschirmen, En-tout-cas und Regen- schirmen

werden diesmal zur Saison ausnahmsweise zu niedrigsten Preisen verkauft.

**A. Walter, vormals Alex. Sachs,**  
en gros. en detail.  
Schirmfabrik, Markhaushausgasse.

## Die erwarteten Modell-Hüte

sind eingetroffen.  
**Maria Wetzel,**  
Langgasse No. 4, Eingang Gerbergasse.

Vorbezug-Weine — Himbeer-Saft 1a. Qualität — Cap-Weine.  
Italienische Weine. Ihr wohlsortirtes Lager von Weinen, Spirituosen, Porter und Ale empfiehlt  
**A. Ulrich's Weinhandlung,**  
Brodbäntengasse 18. (2226)  
Pommersche Weine. Ungar-Weine — Rhein- und Mosel-Weine — Spanische Weine.

## Für Hausfrauen

Unsere Conservirungs-Salze bieten ein sicheres unschädliches Mittel, um

**Fleisch, Milch, Eier, Früchte**  
längere Zeit vor dem Verderben zu schützen. Gebrauchsanweisungen gratis.

**Conservirungs-Salz-Fabrik Stuttgart.**  
Niederlagen in Danzig bei **Julius Brumm,** Franengasse 29  
und bei der **Minerva-Druckerei.** (6726)

## Herings-Auction.

Dienstag, den 24. Mai cr., Vormittags 10 Uhr, Auction mit

**Norwegischen Fettheringen, sowie schottischen  
Matties und Tornbellies-Heringen**

im Heringsmagazin „Langelauf“, Sopengasse 1, von  
**Otto Fr. Wendt.**

## Loose

zur Mecklenburger Pferde-Verloosung, 25. Mai, a 3 Mk.  
zur Lotterie von Baden-Baden, 1. Ziehung am 7. Juni, a 2 Mk., Volloose für alle V. Kl. 10 Mk.,  
zur Pomm. Gewerbe- und Industrie-Ausstellung in Colberg a 1 Mk. in der Expedition der Danziger Zeitung.

**Stettiner Pferde-Lotterie.** Ziehung 24. Mai cr. Loose a 3, 37.  
**Mecklenburger Pferde-Lotterie.** Ziehung 25. Mai cr. Loose a 3, 37.  
**Caffeler Pferde-Lotterie.** Ziehung 1. Juni cr. Loose a 3, 37.  
**Baden-Baden-Lotterie 1. Klasse.** Ziehung 7. Juni cr. Loose a 2 bei Th. Vertling, Gerbergasse 2.  
Der Verkauf der Stettiner Loose wird bald geschlossen.

**Vanille- u. Frucht-Gis**  
reif a Portion 25 d ein halbe 15 d sowie vorzügl. Lager-Bier vom Tag a. Gis. Th. Beckers Conditorei, Heilige Geistgasse 24, Commandanten Langgasse Nr. 82 und Joppot, Seefstraße 21.

**Zelt- und Segel-,  
Plan- u. Marquisen-,  
Tapezier- u. Zute-  
Leinen**

in beliebiger Breite u. Qualität offerirt zu Engros-Preisen.  
Ebenso übernehme das complete Fertigstellen von Zelten u. Anbringen u. von Marquisen. (6738)

**P. Bertram,**  
Säcke- und Pläne-Fabrik  
Milchkannengasse No. 6.

## Futterhafer

offerirt billigst  
**H. v. Morstein,**  
Sundegasse No. 91.

## Für 6 Pfennige

offerire eine hochfeine  
**Sumat a-Havanna-Ausschuß-  
Cigarre**

**Albert Kleist,**  
Portchaisengasse.

Echt russische Cigaretten  
von Saatchy & Mangonby erhielt ich großer Auswahl und empfehle dieselben als besonders preiswerth. (6718)

**Albert Kleist, Portchaisengasse.**

## Garten-Möbel,

Rasenmäschinen,  
Zaunstraht, Spalierstraht,  
verzinnte Drahtgeflechte,  
**Eisschränke**  
empfehlte billigst

**Rudolph Mischke,**  
Langgasse 5.

## Rübkuchen, Leinkuchen,

Roth- und Futter-Erbsen, Bran-,  
Brennerei- und Futter-Gerste, Saat u.  
Futterhafer, Roggen- und Weizenkleie,  
Wicken, Lupinen und Leinfaat, Dotter  
halte am Lager und gebe billigt in  
größeren Quantitäten ab.

**Getreide und Saaten jeder Art**  
kaufe jeder Zeit in meinem Comtoir.

**S. Reich,**  
Sundegasse 119.

## Rehe

ganz, auch zerlegt  
offerirt  
**die Wildprethandlung**  
Trinitatis-Kirchengasse 8.

Grande IV. per Str. 14 Mk., Grap-grüße per Str. 15 Mk., bei Mehr-abnahme billiger, empfiehlt und leistet für die Güte der Waare Garantie.  
**Adolph Zimmermann,**  
Holzmarkt 23.

Ich empfangen in nächster Woche eine Ladung Seegras und gebe den Str. zu Mk. 2,50 ab. Bestellungen nehme entgegen Holzmarkt 23 und Nächstergasse 1.

## Ein Haus

auf d. Lastadie ist mit tau-fend Thal. Anzahl. z. verk.  
Nur Selbstkäufer belieben ihre Adressen mit. 6709 i. d. Exped. d. Zeitg. einzur.

Ein Break mit Patent-Räder, für Landwege geeignet und Platz für 9 erwachsene Personen ist Sandgrube No. 42 A. zu verkaufen. Besichtigung Morgens bis 9 Uhr, Mittags von 1 bis 3 1/2 Uhr. (6497)

## Pension in Zoppot.

Vom 1. Juni ab finden Damen bei mir gute und liebevolle Aufnahme, auf Wunsch mit eigenem Zimmer, gegen mäßige Bedingungen. Anmeldungen bis zum 1. Juni Südkstraße 29.

**Emilie Jahn.**

Einem Lehrling mit der Berechtigung zum einjährigen Dienst engagiren  
**Knoch & Co.**  
Comtoir Heiligegeistgasse 56.

Perfekte Köchinnen u. Stubenmädchen auch Stubenmädchen für Hotels, die als solche gewesen, empf. J. Dau, Heiligegeistgasse 27.

## Ein Commis

wird per 1. Juli cr. für ein hiesiges Herren-Garderoben- und Manufactur-Geschäft gesucht. Adressen unter 6732 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

## Ein thätiger, ehrlicher Mann

in einer Stellung 20, in der letzten 15 Jahre lang thätig gewesen, aus welcher er geschäftlicher Stille wegen scheiden mußte, sucht Aufstellung als Aufseher, Comtoirbediener. Gute Empfehlungen. Bleibhoff 5, 2. Etage.

Ein Rentier, früher Landwirth, sucht, da es ihm an Beschäftigung fehlt, einen Vertrauensposten möglichst im Aufseher-Geschäfte, es kann Caution gestellt werden.  
Gef. Adressen unter 6632 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

## Ein jung. Materialist,

gegenwärtig noch in Stellung, sucht zum 1. Juli Stellung. Adressen unter 6710 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Eine Fleischeri mit großen Räumlichkeiten auch zu jedem andern Gesch. sehr passend, ist sofort zu verm. Abt. unt. 6748 in d. Exped. d. Zeitung erbeten.

## Gesucht

eine herrschaftl. Wohnung v. 5-6 Zimmern, nebst Zubehör, erwünscht Stallung für 1-2 Pferd. und Garten z. 1. October. Abt. unt. 6721 i. d. Exped. d. Ztg. erb.

Sundeg. 76 II ist ein fr. möbl. Zimm. an 1 Herrn sogl. oder zum 1. Juni zu vermieten.

Zum 1. October d. J. ist eine Comtoirgelegenheit nebst Küche u. Hange-Etage zu verm. Näb. Langenmarkt 22 I.

Ein Speicher in der Sopengasse ist. jetzt bis Renjahre zu vermieten. Näheres im Grändenz-Speicher.

**Maßhausgasse 10 II**  
ist ein fein möblirter Saal mit großem Nebenzimmer, zusammen 5 Fenster Straßenfront zu vermieten.

In der Langgasse ist eine elegante Saal-Etage, mit hellem Aufgange, passend für ein feineres Buz resp. Herren-Garderoben-Geschäft u. zum 1. October cr. zu vermieten. Adressen unter 6746 in der Exped. d. Ztg. erb.

Zur Erhaltung der Gesundheit, Recon-valescenten zur Stärkung, ist das

## Doppel-Malzbiere

[Brauerei W. Ruffat-Bromberg] sehr zu empfehlen. Dieses sehr nahrhafte Bier ist vorzüglich in Flaschen a 15 Pf. bei

**Robert Krüger,**  
Sundegasse 34.

## Freundschaftl. Garten.

Täglich  
**Garten-Concert.**  
Entree Sonntags 15 d, Wochentags 10 d.

**Sonntag, den 22. Mai cr.**

## Früh-Concert

in Pichendorf. Entree frei.  
**Dahmer.**

Simmelsgüte — treibt Maier-D, blüthe! 21 O. E. v. m! Pia docile sono e dico di si Fig. H. Fin. IV. A. (6608)

Viel Geld geb ich aus für Bier, Selten findt man gutes hier, Also sprach betrubt der Rater, Doch da half ihm wie ein Vater: Mit Gräber-Getränk

**Décar Schenk.**  
Vorstadt. Graben 31,  
vis-a-vis dem Offizier-Casino.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Hierzu eine Beilage.



# Beilage zu No. 12795 der Danziger Zeitung.

Danzig, den 19. Mai 1881.

## Frankreich.

Paris, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der internationalen Münzconferenz setzte Howe (Amerika) die Vortheile der Ausdehnung des Bimetallismus zur Erleichterung der internationalen Zahlungen auseinander. Der Deputirte Brolet legte die Motive dar, welche in den Niederlanden dazu geführt hätten, den Bimetallismus an Stelle des Monometallismus zu setzen. Der Delegirte für Britisch-Indien, Mallet, sprach über die Nachtheile, welche in Indien durch die Herabsetzung des Werthes des Silbers verursacht worden seien und erklärte sich bereit, jede Maßregel zur Hebung des Silberwerthes zu unterstützen. Der schwedische Delegirte Forssell verteidigte die Goldwährung. Die Delegirten Coarts, Dumas und Birmez werden am nächsten Donnerstag das Wort ergreifen und wird alsdann wahrscheinlich die Generaldiscussion geschlossen.

General Bréard hielt am 15. d. M. in Manoubia bei Tunis eine Truppenrevue ab. Eine große Menschenmenge war aus Tunis herbeigekommen, um derselben beizuwohnen. General Bréard wird morgen mit den Truppen in der Richtung auf Beja abgehen.

Marseille, 17. Mai. Gegen diejenigen Personen, welche an der Manifestation zu Gunsten der russischen Nihilisten Jesse Helfmann vor dem russischen Consulate theilnahmen, ist die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden.

## Rußland.

Petersburg, 16. Mai. Die Judenverfolgungen wüthen im Innern des Reiches fort. Wenn der Regierungs-Anzeiger schon Telegramme bringt über „fatale Affairen“, dann sind die Vorkommnisse meist solcher Natur, daß sie ihres Umfanges wegen sich nicht mehr vertuschen lassen. In den knappen Telegrammen der Regierungsblätter war bisher immer nur von „Prügeleien“ und „Unordnungen“ die Rede, trotzdem es jedesmal bekannt wurde, daß die Truppen eingeschritten waren und von der Waffe Gebrauch gemacht hatten, daß es Verwundete und Todte gegeben hatte u. s. w. Die besonderen Verichte hiesiger Blätter, die im Allgemeinen der Censur wegen äußerst vorsichtig gefaßt sind, schildern aus mehr als einem halben Duzend Städten dagegen förmliche Gefechte in den Straßen, Stürme auf die Häuser, Synagogen u. s. w. Auch die Judenbewegung hat in Rußland Anküfter, deren Namen man nicht kennen lernt; von einer gewissen Witschuld an der unerquicklichen Bewegung kann man übrigens auch die „patriotische Partei“ nicht freisprechen; ihre Presse heßt wenigstens seit Jahren schon dergestalt gegen Juden und Deutsche, daß es Niemanden wundern sollte, wenn auch gegen die Letzteren einmal Gewalt angewandt würde. Die neuesten nihilistischen Proclamationen machen sich in höhnischer Weise über die Bewegung lustig und bezeichnen sie als einen Beweis für die Verkommenheit der russischen Zustände. — In Petersburg fürchtete

man für den 13. Mai, den Tag des Katharinenhofer Volksfestes, ähnliche Unruhestörungen wie sie in Kiew vorgekommen sind; deshalb wurden vorgestern in allen Kasernen die Truppen consignirt. Das Volksfest war wenig besucht und verlief des kalten regnerischen Wetters wegen sehr ruhig. — In der Stadthauptmannschaft ist eben jetzt wieder ein gestern verhaftetes Mitglied der nihilistischen Partei, diesmal ein Frauenzimmer, zur Schau ausgestellt. Die Nihilistin verschweigt natürlich ihren Namen und ihre Wohnung (wahrscheinlich um ihren Parteigenossen Zeit zu geben, aus der letzteren alle verdächtigen Schriftstücke u. s. w. zu entfernen.) Das Volk soll also die Persönlichkeit recognosciren. Tausende von Menschen laufen aus Neugierde nach der Präfectur, um die Verhaftete zu sehen.

17. Mai. In Niga wurde am Dienstag noch eine zweite Schwester Suchanoffs, die mit der Mutter dort lebt, auf Befehl Baranoffs verhaftet und nach Petersburg gebracht. Man fand bei ihr eine Menge Proclamationen und einzelne Exemplare der „Narodnaja Wolja“. Sie gestand die Zugehörigkeit zur Revolutionspartei ein, erklärte indeß, sie werde keine näheren Mittheilungen machen. — Boris Melikoff geht vorläufig noch nicht ins Ausland.

Kiew. In einem längeren Bericht des „Sokol“ über die Judenheße wird mitgetheilt, daß anständig gekleidete Damen in ihren Phaetons ganze Ladungen verschiedener, aus jüdischen Magazinen geraubter Waaren davonführten.

## Türkei.

Konstantinopel, 17. Mai. Der Ministerpräsident Said Pascha hat dem Bey von Tunis telegraphisch angezeigt, daß die Pforte gegen den mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag Protest eingelegt habe und denselben als null und nichtig betrachte. (W.Z.)

## Danzig, 19. Mai.

B. Der westpreussische botanisch-zoologische Verein, der sich stetig in erfreulichster Weise weiter entwickelt, hält seine vierte Versammlung in Elbing ab, woselbst das Localcomité (als Geschäftsführer fungirt Herr Gymnasiallehrer J. Capeller) in anerkennenswerthe Weise für die Aufnahme der Mitglieder, wie für Ausstellung interessanter Naturalien und Schriften und die Einführung in Elbing's schöne Umgegend Sorge getragen hat. Zur geselligen Vereinigung am Montag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr, wie zur wissenschaftlichen Versammlung am Dienstag, Morgens 9 Uhr, und zum gemeinschaftlichen Mittagsmahl um 2 Uhr hat die Casinogesellschaft bereitwilligst dem Verein ihre schönen Räume zur Verfügung gestellt. Am letztgenannten Tage findet um 4 Uhr eine Ausfahrt per Droschke über Dambitz nach dem Thumberge, wie eine Excursion nach Vogelhang; Mittwoch, 8. Juni, 8 Uhr Morgens, eine Wagenfahrt nach Schönwalde event. der Dörbecker Schweiz, nach den Aussichten von

Panllau statt. Aus der Tagesordnung der allgemeinen Sitzung heben wir noch besonders die Verathung über weitergehende planmäßige botanisch-zoologische Durchforschung der Provinz hervor. Bei letzterer wird auf die Mitwirkung recht zahlreicher Gebildeter in ganz Westpreußen gerechnet. Möge das frische, geistige Leben unserer jungen Provinz sich durch recht reichen Besuch auch dieser Versammlung von Seiten der Mitglieder und Freunde des Vereins bewähren.

\* Am Himmelfahrtstage wird in diesem Jahre nach Anordnung des königl. Consistoriums zu Königsberg in allen evangelischen Kirchen Ost- und Westpreußens eine Collecte zu Gunsten des Gustav-Adolf-Vereins abgehalten werden.

3 Marienburg, 18. Mai. Am Ufer der Ortschaft Blumstein wurde vorgestern in der Nacht die Leiche einer zwischen 40 und 50 Jahre alten unbekannten Frauensperson gefunden.

h. Tugel, 18. Mai. In der vergangenen Woche verschloß die Arbeiterfrau N. auf Abbau Plassowo, ihrer Arbeit nachgehend, während sich der Mann hierher zum Arzt begeben hatte, ihre Wohnstube, in welcher ihre drei kleinen Kinder zurückblieben. Die Kinder spielten nun mit Feuer, das an dem in den Betten befindlichen Stroh reichlich Nahrung fand, und in wenigen Augenblicken war die Stube mit Feuer und Rauch gefüllt. Die beiden ältesten Kinder flüchteten durch das Fenster, während das jüngste in den Flammen seinen Tod fand. Die am Abend heimkehrenden Eltern fanden an Stelle des Hauses einen Trümmerhaufen, welcher die Leiche ihres Kindes bedeckte. — Vorgestern Nachmittag brannten in Schelontka wiederum 3 Gehöfte nieder.

— Die im Verlauf Neßhof abgebrannte Waldfläche macht einen recht traurigen Eindruck. Während das Feuer wüthete, drehte sich glücklicher Weise plötzlich der Wind und das Feuer wurde auf den alten Herd wieder zurückgetrieben, wo es keine Nahrung mehr fand.

A. Pillau, 18. Mai. Der Fleischermeister N. aus Alt Pillau hatte sich am letzten Freitage behufs Ankauf von Vieh, mit entsprechenden Geldmitteln versehen, zu Fuß nach Tenfitten begeben und daselbst auch ein Stück Rindvieh käuflich erworben. Mit der ihm verbliebenen Baarschaft von ca. 33 M. begab N. sich spät Abends zu Fuß auf den Heimweg. In der Nähe des Neubäuser Waldhofs wurde er von drei des Weges kommenden Männern überfallen und, obwohl er sich kräftig wehrte, zu Boden geworfen und seiner Baarschaft beraubt. Die Straßenräuber sind unerkannt geblieben. — Der Fischfang ist hier noch immer ein geringer zu nennen, es sind bis jetzt bei Pillau 400 Tonnen Heringe (Strömlinge) gefangen und im Durchschnitt zum Preise von 20 M. pro Tonne an Händler verkauft worden, welche dieselben theils im frischen Zustande, theils als Räucherwaare in den Handel bringen.

B. Königsberg, 18. Mai. In der letzten Nacht ist Dr. Köster-Mühlfeld, der frühere Redacteur der „Hartung'schen Zeitung“, seinen langen und qualvollen Leiden erlegen. Nach der Umgestaltung der genannten Zeitung in ein Actienunternehmen Anfangs 1872 von Mühlfeld herüber berufen, wußte der Vereingte die während der Conflitszeit hart bedrängte „Hartung'sche Zeitung“ bald zu heben und deren Leserkreis erheblich zu erweitern. Seine Absicht, nach Aufgabe der hiesigen Stellung (Anfangs 1877) ein idyllisches Stilleben am

eben begründeten heimischen Herde in Sondershausen zu führen, erlitt eine jähe Unterbrechung durch ein Nervenleiden, welches zwar scheinbar bald geheilt wurde, dennoch aber als die Ursache seines späteren Stiehs und frühen Todes betrachtet werden muß. Aus seinem Lebensgange dürfte hervorzuhellen sein, daß er vor seiner journalistischen Carrière im Buchhandel beschäftigt war, und daß er in Folge seiner anerkannt merkwürdigen verdienstvollen literarischen Thätigkeit von der Universität Freiburg den Doctor-titel honoris causa erhielt. Dr. Köster war am 6. Januar 1838 zu Köthen geboren, stand also noch im rüftigsten Mannesalter. — Der hiesige Provinzial-Fischereiverein hat kürzlich an seine Mitglieder Fragebogen versandt, welche die rationelle Erforschung der einzelnen Flüsse der Provinzen Ost- und Westpreußen zum Gegenstande haben. Der Verein wünscht genau zu wissen: die Breite und durchschnittliche Tiefe des Wassers, die Beschaffenheit des Grundes (ob Kies, Steine, Lehm, Schlamm oder Pflanzenwuchs), sowie die Beschaffenheit der Ufer (ob eben, steil, Wiese, Feld, Wald oder Gehölz), sowie endlich die ungefähre Schnelligkeit der Strömung. Auf Grund dieser Auskünfte gedankt der Verein den einzelnen Flüssen bestimmte und besonders geeignete Fischarten zuzuführen. Mit der nächsten bekanntlich in Tilsit im Juli stattfindenden Generalversammlung der Mitglieder des Fischereivereins soll übrigens eine auf einen Tag berechnete Dampferfahrt von Tilsit nach Ruck und Struwitz zur Besichtigung des dortigen Lachsanges unternommen werden.

\* Auf Befehl des königl. General-Commandos sollen zur möglichsten Begegnung des in hiesiger Stadt zur Zeit herrschenden Flecktyphus die in Bürgerquartieren liegenden Mannschaften vom 19. d. Mts. ab in den Exercirhäusern untergebracht werden. (R. A. 3.)

Insterburg, 18. Mai. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung bewilligte die Versammlung 120 000 M. zum Bau einer Knaben-Mittelschule. Die Baukosten sollen durch eine Communalanleihe aufgebracht werden. Das Bauproject hatte eine höhere Summe in Anspruch gebracht, doch soll es nach dem Wunsche der Versammlung entsprechend reducirt werden.

Lyda, 17. Mai. Auf dem Gute Mostkitten im hiesigen Kreise gerieth dieser Tage ein großes Stallgebäude in Brand, wobei 400 Schafe und ca. 40 Stück Jungvieh in den Flammen umkamen.

Schubin, 17. Mai. Gestern Abend brannten die dem Eigenthümer R. in Elfewo bei Erin gehörigen Gebäude ab. Leider hat dieses Feuer ein Menschenleben gefordert, da in den Flammen ein ca. 9-jähriges Mädchen umgekommen ist.

## Bermischtes.

Berlin, 18. Mai. Adolf P'Arronge ist bekanntlich Besitzer des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters, das er einstweilen und zwar bis zum October 1882 an den Director Frische verpachtet hat. Von diesem Termine ab soll nun, wie der „B. B. C.“ ersichtlich haben will, diese Bühne in ein deutsches Nationaltheater verwandelt werden, das die ersten dramatischen Künstler vereint. Hr. P'Arronge soll dann seinen Besitz auf eine Genossenschaft übergeben lassen, die außer ihm Ludwig Barnab, Siegmund Friedmann, Friedrich Gaafe, Ernst Boffart, Franziska Ellmenreich, Hedwig Niemann-Kaabe und Clara Ziegler umfaßt. P'Arronge wird <sup>10</sup>/<sub>100</sub> jeder der anderen Genannten



Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden  
besonders bezielten Theile: G. Mödner, für den lokalen und provin-  
ziellen Theil die Handels- und Schiffsfahrtsnachrichten: A. Klein, für den  
Inseratenthcil: A. W. Rossmann, alle in Danzig.